

„Arzneisüchtige sieht jeder Arzt tagtäglich“

MÜNCHEN (rb) - In jede deutsche Arztpraxis kommt im Schnitt einmal täglich ein Patient, der süchtig nach Medikamenten ist. „Jeder sechste Bundesbürger versucht mindestens einmal pro Woche, sein seelisches Befinden mit Arzneimitteln zu verbessern“, berichtet Dr. med. Astrid Bühren im Gespräch mit ÄP → 4/5

Was Pulmonalgefäße vom Hochdruck befreit

MÜNCHEN (bü) - Nur wenn die Lungengefäße auf probatorische Gabe eines Vasodilatators signifikant positiv reagieren, lohnt bei Patienten mit pulmonaler arterieller Hypertonie (PAH) ein Behandlungsversuch mit Kalziumantagonisten. Welche Erfolg versprechenden Therapieoptionen alternativ zur Wahl stehen → 14

Published by
Reed Business Information

InTime Services GmbH, Bajuwarenring 14, 82041 Oberhaching
Postvertriebsstück, Deutsche Post AG, Enggelt bezahlt

01372

*B01045#02247985#1/NB MED

Deutsche Zentral
für Medizin
Gleueler Str. 60
50924 Köln

Warmer Winter, mehr Zecken denn je



Der milde Winter zieht in diesem Jahr eine Zeckenplage nach sich. Gesundheitsexperten raten deshalb dringend zur FSME-Impfung. Zum Schutz vor Borrelien gibt es hingegen keine Vakzine, nur den Tipp, die Tiere möglichst rasch zu entfernen. Wie man die Infektion erkennt und im Frühstadium kontert → 9

Foto: KES

and prevention in Atlanta.

eCard: Von Zieldatum ist keine Rede mehr

BERLIN (dpa/ij) - Auf einen genauen Termin für die Einführung der eCard will sich Ministerin Ulla Schmidt offenbar nicht mehr festlegen: „Das wird sicherlich dauern, bis auch in der letzten Ecke Deutschlands alle Beteiligten mit der Karte arbeiten können.“

Ministeriales Plädoyer für die Alternativmedizin

BERLIN (dpa/rb) - Für alternative Heilmethoden macht sich Ulla Schmidt stark. Ihr sei daran gelegen, diese Methoden in die ärztliche Ausbildung zu integrieren, so die Ministerin.

Regierung: IQWiG muss auch Kosten bewerten

BERLIN (ub) - Der Gemeinsame Bundesausschuss (G-BA) muss prüfen, ob laufende Bewertungsverfahren durch das Institut für Qualität und Wirtschaftlichkeit im Gesundheitswesen (IQWiG) der seit dem 1. April geltenden neuen Rechtslage entsprechen. Das geht aus der Antwort der Bundesregierung auf eine Kleine Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen zur Kosten-Nutzen-Bewertung von Arzneien hervor.

Der Hintergrund: Das GKV-Wettbewerbsstärkungsgesetz legt fest, die medizinische Nutzenbewertung um die Bewertung der Kosten zu erweitern. Betroffenen sind laut Aussage der Bun-

desregierung vier Bewertungen: Cholinesterasehemmer bei Alzheimer-Demenz, kurz wirksame Insulinanaloga zur Behandlung des Diabetes mellitus Typ 1, fixe Kombinationen aus Kortikosteroiden und lang wirksamen Beta-2-Rezeptor-Antagonisten zur inhalativen Anwendung bei Patienten mit Asthma bronchiale sowie Leukotrien-Rezeptor-Antagonisten bei Patienten mit Asthma bronchiale.

Erst kürzlich hatte das IQWiG einen abschließenden Bericht zu den Cholinesterasehemmern veröffentlicht (siehe S. 3). Die Kosten wurden dabei nicht berücksichtigt. Dies muss laut Bundesregierung jetzt nachgeholt werden.

Ulla Schmidt darf Ärzte „Geiselnnehmer“ nennen

FREIBURG (jb) - Jetzt haben es die deutschen Vertragsärzte höchststrichlerlich bestätigt bekommen: Bundesgesundheitsministerin Ulla Schmidt und der SPD-Gesundheitsexperte Karl Lauterbach dürfen weiterhin behaupten, die Mediziner hätten mit ihren Streiks gegen die Gesundheitsreform die Patienten „in Geiselnhaft genommen“.

Der in Freiburg ansässige Zivilsenat des Oberlandesgerichts (OLG) Karlsruhe hat die Unterlassungsklage eines Arztes gegen die beiden Politiker abgewiesen. Er hatte sich an den bundesweiten Protestaktionen und Praxisschließungen Anfang Dezember vergangenen Jahres

beteiligt und empfand die umstrittenen Äußerungen als persönliche Schmähkritik. Nach Angaben des Gerichts war dies der erste Prozess in Deutschland zur Auseinandersetzung um die Gesundheitsreform.

Ob es sich bei den öffentlichen Äußerungen um „Schmähkritik“ handelte, wurde vor Gericht nicht geklärt. Nach Meinung des Vorsitzenden Richters war der Mediziner überhaupt nicht klagerechtigt. Der Grund dafür liegt in der großen Zahl von mehr als 40 000 protestierenden Ärzten. Der Personenkreis sei damit so groß und unübersehbar, dass der Einzelne gar nicht gemeint sein könne → 23